

## **„Russische Wertpapiere: Anleger stehen vor totalem Verlust ohne Entschädigung“**

Russische Investoren erleiden Totalverluste durch westliche Sanktionen. Keine Entschädigung durch die Bundesregierung.

Die Investoren in russische Wertpapiere stehen vor einer ernststen Herausforderung: Seit den verhängten westlichen Sanktionen ist eine Handelbarkeit dieser Papiere nicht mehr gegeben. Insbesondere nach dem Ausbruch des Ukraine-Kriegs im Jahr 2022 wurden diese Maßnahmen ergriffen, um Russlands wirtschaftliche Aktivitäten einzuschränken und Stabilität in den Märkten zu fördern. Dies hat zur Folge, dass viele Anleger nicht mehr auf ihre Investitionen zugreifen können, was zu umfangreichen finanziellen Verlusten führt.

Nach Informationen der Bundesregierung, die in einer Anfrage der AfD-Fraktion bestätigt wurden, gibt es keine Entschädigung für die betroffenen Anleger. Die Regierung legt die Verantwortung für die Kapitalverluste auf die Aktionäre selbst, was in der Anlegerschaft große Besorgnis ausgelöst hat.

### **Schwere Auswirkungen der Sanktionen auf den Kapitalmarkt**

Die Sanktionen, die als Reaktion auf den Konflikt in der Ukraine eingeführt wurden, haben die Handelsmöglichkeiten für russische Wertpapiere drastisch eingeschränkt. Dazu gehören nicht nur Aktien, sondern auch Staatsanleihen und Zertifikate,

die über American Depositary Receipts (ADRs) gehandelt werden. Anleger, die in solche Wertpapiere investiert haben, haben seit mehr als zwei Jahren keinen Zugriff auf ihr Geld, was zu einem potenziellen Totalverlust führt.

In der aktuellen Situation werden insbesondere die ADRs für russische Aktien als problematisch angesehen. Da viele dieser Papiere in einem gefrorenen Zustand präsentiert werden, können Anleger keinerlei Maßnahmen ergreifen, um ihre Anlagen zu sichern oder umzuleiten. Ein Lichtblick wäre das eventuelle Ende der Sanktionen, doch gegenwärtig scheint dies eher unwahrscheinlich.

Die Bundesregierung macht deutlich, dass Anleger, die nach 2014 in russische Wertpapiere investierten, sich der Risikoabwägung bewusst waren. Bereits nach der Annexion der Krim wurde über mögliche Sanktionen diskutiert. Diese Erkenntnis wurde den Investoren laut Bundesregierung zu diesem Zeitpunkt zur Verfügung gestellt, was ihre Eigenverantwortung unterstreicht. Der Bundestag bestätigte in seiner Antwort, dass Investoren „wichtige Informationen“ hatten, um eine informierte Entscheidung über ihre finanziellen Engagements zu treffen.

## **Rechtliche Perspektiven für betroffene Anleger**

Obwohl es derzeit keine Aussicht auf Entschädigungen seitens der Bundesregierung gibt, gibt es möglicherweise rechtliche Optionen für Anleger, die von Verzögerungen beim Transfer ihrer Wertpapiere betroffen sind. Laut Berichten haben einige Broker den Prozess wesentlich verlängert, was den Anlegern geschadet haben könnte. Diese rechtlichen Schritte könnten für sowohl russische Originalaktien als auch für ADRs, die den Besitz an russischen Unternehmen repräsentieren, relevant sein.

Insgesamt zeigt die Situation eindrücklich, welche Risiken mit Investitionen in instabile Märkte verbunden sind. Anleger

müssen die weitreichenden finanziellen Folgen und die Unsicherheiten im internationalen Handel sorgfältig abwägen. In einem sich schnell verändernden geopolitischen Umfeld sollten Investoren immer bestrebt sein, sich über aktuelle Entwicklungen und deren potenzielle Auswirkungen auf ihre Anlagen umfassend zu informieren.

Details

**Besuchen Sie uns auf: [n-ag.de](https://www.n-ag.de)**